

Freie Presse

Einzelverkaufspreis: Die Redungspolitische Rundschau 40 Pf. — Umlauf 50 Pf.
Die zweitgelesene Zeitung 20 Pf. — Für Blattverkäufer 10 Pf.
Ungeladenen 10 Pf. — 7 Uhr abends.

Einzelverkaufspreis: Die Zeitung erhältlich möglich. Montags mittags. Sie wird
in Lodz und Umgegend täglich 1 Tausend 20 Tausend, monatlich 60 Tausend
bei Postverkauf um 1,75 beginn. 1,75

Nr. 124

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Eberts Appell an Amerika.

Der deutsche Reichspräsident Ebert gewährte dem Vertreter der "Associated Press" eine Unterredung, deren Inhalt nachstehender war:

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Bevölkerlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übergebliche System der alten internationalen Politik. Das deutsche Volk hat die Herrschaft der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit bei sich zu Hause zerstört. Es hat das nicht getan, um die Hand dazu zu bieten, daß dieses selbe System im sinlos gestaltete Form der ganzen Welt die Zukunft diktiere. Deutschland hat Waffen und Rüstung abgelegt, als es vor einem halben Jahr in diesen Kampf eintrat. Deutlich stärker fühlte gerüstet tritt es heute für diese Ziele gegen eine Welt von Feinden auf den Plan. Es pflanzt das Banner mit den vierzehn Punkten auf, das Wilson ancheinend im Stich gelassen hat. Und es hofft, daß das amerikanische Volk diesen tieferen Sinn der neuen Auseinandersetzung, die jetzt anhebt, richtig erfassen wird.

Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volke ist das charakteristischste Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausgeübt hat. Alles war im Augenblick wie niedergeschmettert. Man hatte das Gefühl, als ob man mit einer schweren Keule unvermutet einen Schlag über den Kopf erhielt, der im Augenblick die Aktionsfähigkeit völlig lähmte. Ich sage ausdrücklich: der Schlag traf das deutsche Volk unerwartet und unvorbereitet, und deshalb wirkte er um so stärker. Nach all den Erklärungen und Versicherungen, es solle ein Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Verbrüderung der Völker geschlossen werden, konnte das deutsche Volk auf ein verartiges ungeheuerliches Dokument nicht gesetzt sein. In der ganzen Weltgeschichte wird man seit Rom und Karthago vergleichlich nach Friedensbedingungen suchen, in denen der Wille zur völligen Vernichtung des Gegners so vollkommene Grausamkeit und raffiniert zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, wirkt zugleich entzückend und abstoßend. Er bedeutet nicht nur eine Verdrehung, sondern sogar eine vollständige Regierung des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Friedensprogramms der vierzehn Punkte, dieses Programms, auf dessen Verwirklichung wir vertraut haben, und worauf uns nach der Note des Staatssekretärs Branting vom 5. November 1918 ein Recht zu steht. Ich habe eine Schrift über Wilson und den Rechtsfrieden vor mir. Da ist in seiner Botschaft vom 22. Januar 1917 an den Senat das Wort von der Notwendigkeit eines "Friedens ohne Sieg". Der Präsident sagt: "Der Sieger darf nicht dem Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden in Erniedrigung, unter Zwang und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie würden einen Stachel, Nachdruck und Bitterkeit zurücklassen, so daß ein solcher Friede nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Eisbahn ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Freien kann von Dauer sein."

Wo ist in dem Friedensentwurf, den Präsident Wilson mit unterzeichnet hat, auch nur eine Spur all der großen Ideale, die er aufgestellt hat?

Auf die Note des Papstes antwortete Wilson am 27. August 1917: Der Friede ist nicht gesichert, wenn er sich gründet auf politische oder wirtschaftliche Beschränkungen, die einigen Nationen zugute kommen, andere jedoch hemmen und lähmen! Wann ist jemals seit 2000 Jahren einem Volke ein Frieden angeboten worden, der so systematisch auf seine völkerliche und geistige, auf seine materielle und moralische Lähmung für alle Zukunft ausging?

In der Botschaft an den Kongress vom 4. Dezember 1917 sagt Wilson: "Das entsetzliche Unrecht, das in diesem Kriege begangen worden ist, darf nicht dadurch gut gemacht werden, daß gegen Deutschland und seine Verbündeten ähnliches Unrecht begangen wird. Die Welt wird das Vergehen ähnlichen Unrechts als Mittel zur Wiedergutmachung und Reuegeltung nicht dulden". Das ganze deutsche Volk hofft, daß die Welt das nicht dulden wird. Erwartungsvoll hört es bereits die

ersten Stimmen aus der englischen und französischen Arbeiterschaft. Es sieht seine Hoffnungen auch auf diese Vorboten einer neuen und besseren Gestaltung der Welt. Aber gleichzeitig erklärt es, daß, unabhängig von dem, was andere tun, es selber ein solches Unrecht nicht dulden wird.

Es beginnt erst, aus der Hypothese zu erwachen, in die es unter Ausübung seines ersten Vertrauens auf die Wehrhaftigkeit des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Programms seiner 14 Punkte versezt worden ist. Das Erwachen wird fürchtbar sein, und wir alle sehen ihm mit Bangen entgegen. Noch will man gegen die kalten, harten Tatsachen an dem Glauben festhalten, der in den Namen Wilson und Amerika, in den Begriffen Demokratie, Versöhnungsfrieden, Völkerbund seinen Ausdruck fand. Man will nicht glauben, daß alles nur ein Fehlalarm war, daß so mit dem Vertrauen und der Hoffnung eines ganzen Volkes ein in der ganzen Weltgeschichte unerhörtes Spiel getrieben worden sei. Noch jetzt sagen Optimisten: "Das tut Wilson nicht. Das kann er nicht tun".

Er kann es nicht tun, wenn er weiß, um was es sich handelt. In dem Kultukampf, dessen Schauplatz der deutsche Osten ist, können Amerika und sein Präsident nicht die Geschichte einer schaffenden staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit von fünf Jahrhunderten rückgängig machen. Wenn man auf diese Weise die Geschichte rückwärts revidieren will, wo bleiben dann die Rechte der Amerikaner auf Amerika?

Noch wünschen und hoffen ich und alle, die heute die furchtbare Last der Verantwortlichkeit für die zu treffende Entscheidung auf sich nehmen müssen, daß diejenigen, die unheirbar immer noch ihre Hoffnungen auf Wilson und Amerika setzen, sich nicht betrogen sehen. Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die junge deutsche Republik an die ältere Schwesterrepublik Amerika nicht vergebens appelliert habe. Stellt sich die amerikanische Demokratie wirklich auf den Standpunkt dieser Friedensbedingungen, so macht sie sich zum Genossen politischer Erpresser. Sie gibt den Grundsatz des fair play auf und zieht das hohe Ideal der wahren Demokratie in den Staub".

Der Protest der preußischen Landesversammlung.

Auch die preußische Landesversammlung hat, wie aus Berlin gemeldet wird, ihre Proteststunde abgehalten. Redner aller Parteien kritisierten den Entwurf der Entente, lehnten ihn ab und billigten die Haltung der Reichsregierung. Nur die Unabhängigen, vertreten durch Aloys Hoffmann, verlangten Unterzeichnung. Sie hoffen auf die Weltrevolution, an die Hoffmann am Schluss seiner Rede unter starkem Widerspruch des ganzen Hauses appelliert. Frau Arendsee, die Fraktionsgenossin Hoffmanns, warnte die deutschen Frauen vor der nationalistischen Propaganda, denn als solche glaubt sie die jetzige Bewegung schlechthin annehmen zu müssen. Die Deutschen nationalen ließen durch Hergt dem Ministerpräsidenten Scheidemann für seine jüngste Rede Dank aussprechen, und wenn die Regierung fest bleibt und das "Unannehmbar" nicht nur auf einige Paragraphenänderungen beschränkt, sondern wirklich den Willen hat, auf die Urfassung, das heißt auf

die vierzehn Punkte Wilsons, zurückzugehen, so

wollen die Deutschen nationalen treu zu ihr halten. Sonst war in der Sitzung das Frauenausgebot besonders groß. Denn von allen Parteien sprachen Frauen. Die Regierung nahm das Wort nicht. Was sie zu sagen hatte, hat sie bereits in der deutschen Nationalversammlung gesagt. Bis zum 22. Mai vertrat sie dann das Haus.

Berlin, 16. Mai. (P. A. T.)

Hier fand eine neue ungeheure Kundgebung gegen die diktatorischen Friedensbedingungen statt. Sie war von den Mehrheitssozialisten veranstaltet worden. Es wurde eine Reihe von Reden gehalten, die gegen die Entente und die Polen gerichtet waren. Die Sozialisten sprachen sich einstimmig dahin aus, daß Polen nicht ein großes Land abgegeben werden darf, daß man sich zur Verteidigung der Provinz Polen, Westpreußen und Schlesiens vorbereiten müsse. In gleichem Sinn sprach auch Scheidemann.

Aus Berlin wird ferner gemeldet: Nach einer ungeheuren Kundgebung auf dem Königsplatz zog die Menge vor das Hotel Adlon, wo die Vertreter der Entente wohnten, und stieß feindliche

Muse gegen Clemenceau und Wilson aus. Hierzu wurden die Lieder "Die Wacht am Rhein" und "Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Endlich wurde mit Kraftwagen Regierungsmilitär herbeigeführt, daß die Demonstranten vertrieben.

Der Kongress der Vertreter des Senats und der Studentenorganisationen in Berlin, der 73 Hochschulen vertreten, beschloß auf Vorschlag des Reichswehrministers Rosse, sofort alle waffenfähigen Studenten zum Kampf für die Ostgebiete aufzurufen. Die preußische Regierung erließ einen Aufruf, der alle deutschen Beamten und Lehrer in den Ostgebieten so lange zum Außarbeiten auf ihrer Stellung auffordert, als dies möglich sein werde. Die Reichsregierung wird sich ihrer Familien annehmen; ihre Zukunft ist gesichert.

Der Kongress der Vertreter des Senats und der Studentenorganisationen in Berlin, der 73 Hochschulen vertreten, beschloß auf Vorschlag des Reichswehrministers Rosse, sofort alle waffenfähigen Studenten zum Kampf für die Ostgebiete aufzurufen. Die preußische Regierung erließ einen Aufruf, der alle deutschen Beamten und Lehrer in den Ostgebieten so lange zum Außarbeiten auf ihrer Stellung auffordert, als dies möglich sein werde. Die Reichsregierung wird sich ihrer Familien annehmen; ihre Zukunft ist gesichert.

Der Kongress der Vertreter des Senats und der Studentenorganisationen in Berlin, der 73 Hochschulen vertreten, beschloß auf Vorschlag des Reichswehrministers Rosse, sofort alle waffenfähigen Studenten zum Kampf für die Ostgebiete aufzurufen. Die preußische Regierung erließ einen Aufruf, der alle deutschen Beamten und Lehrer in den Ostgebieten so lange zum Außarbeiten auf ihrer Stellung auffordert, als dies möglich sein werde. Die Reichsregierung wird sich ihrer Familien annehmen; ihre Zukunft ist gesichert.

Die Internationale und der Friedensentwurf.

Der Aktionsausschuss der Berner Konferenz, der unter dem Vorsitz von Branting in Paris tagt, hat in einer Sitzung den Friedensvertrag einer Prüfung unterzogen. Die Bedingungen, unter denen ein gerechter Frieden geschlossen werden kann, sind Clemenceau übermittelt worden. Es handelt sich um die Punkte, die einen Ausgleich, eine Entschädigung für die Verwüstungen in Belgien, Nordfrankreich und den übrigen "überfallenen" Ländern fordern. Bei Festsetzung der neuen Staatsgrenzen wird die Abstimmung der betreffenden Völker als Entscheidung verlangt. Der Militarismus wird abgeschafft. Alle großen Demokratien vereinigen sich zur Gesellschaft der Nationen, die Frieden und Recht garantieren. Die Kolonien werden unter alle demokratischen Nationen verteilt, sobald die Nationen in der Lage sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Der Reichtum der Kolonien wird ohne Unterschied allen Völkern zur Verfügung gestellt. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Entwurf des Völkerbundes, wie ihn der Friedensvertrag vorsieht, verworfen. Dieser Entwurf ist das Ergebnis einer siegreichen Koalition, aber nicht das einer Gerechtigkeit, bei der alle Nationen Platz haben müssen. Die Entwaffnung Deutschlands muß auch die Abrüstung der Alliierten zu Wasser und zu Lande zur Folge haben. Die Grenzen Polens sind nicht im Sinne des Rechts der Völker gezogen.

Die Trennung Deutschlands in zwei Teile durch den Korridor nach Danzig ist gefährlich und eine Quelle von Schwierigkeiten und Beschwerden. Die Bedingungen über das Saargebiet zeigen den Geist der Amerikaner, der kapitalistischen Ausbeutung. Man will nicht nur die Kohlen, sondern auch das Gebiet. Die Besitzungen über die deutschen Kolonien, ohne Deutschland im Völkerbund ein Mandat zu ihrer Verwaltung zu bewilligen, ist reiner Imperialismus, der sich an der Beute des Besiegten bereichert. Die Übergabe der Schantung-Halbinsel an Japan schließlich ist offene Eroberung. Diese Fehler sind schwer und zeigen offensichtlich, daß dieser Frieden nicht unter Frieden ist und daß die Völker bedroht sind und von einer Politik der Sieger, die nur auf Teilung der Beute ausgeht, ohne an die unvermeidlichen Folgen zu denken.

Eine neue Note Brockdorffs.

Paris, 14. Mai. (P. A. T. Warschau, Funksp.)

Graf Brockdorff-Ranckau überreichte Dienstagabend Oberst Henri eine neue, für die Premiers der alliierten Regierungen bestimmte Note.

Graf Brockdorff-Ranckau legte der Friedenskonferenz den Entwurf einer internationalen Arbeitsgesetzgebung vor. Clemenceau antwortete, daß die Lösung dieser Frage leichter sein werde, wenn die Industrie von den Lasten der Rüstungen befreit wird, die durch den deutschen Militarismus hervorgerufen wurden. Die im Friedensvertrag festgelegten Grundsätze werden unter Mitarbeit der Arbeiterschaften alsmaßlich die Arbeit organisieren. Die für den Oktober nach Washington beruhende Konferenz wird die wichtigsten Probleme dieser Frage be-

trachten. Zum Schluß bevorzugte Clemenceau den von der Friedenskonferenz ausgearbeiteten Entwurf.

Die Deutschen werden unterzeichnen müssen.

Paris, 15. Mai. (P. A. T. Funkensprach.) Das "Petit Journal" schreibt: Die Entente wird alle Versuche des Grafen Brockdorff-Ranckau, auf der Friedenskonferenz eine Diskussion anzulösen, ablehnen. Die Deutschen werden den Frieden unterzeichnen müssen.

Paris, 14. Mai. (P. A. T. Funkensprach.) Am 12. Mai fand im Handelsministerium unter dem Vorsitz von Robert Cecil die 11. Sitzung des obersten Wirtschaftsrates statt. Was Deutschland betrifft, so wurden abermals die Mittel besprochen, die im Falle der Ablehnung angewandt werden sollen. In dem Projekt ist die Durchführung der Blockade vorgesehen.

Haag, 15. Mai. (P. A. T.)

Haas meldet: Aus London treffen amtliche Nachrichten ein, daß die niederländische Regierung Kaiser Wilhelm nicht auszu liefern gedenkt. Die niederländische Regierung bemerkt hierzu, daß diese Angelegenheit nur Deutschland und nicht die Entente angeht.

Brantings Hoffnung.

Der schwedische Sozialistensprecher Branting ist in Stockholm eingetroffen und wurde von "Nya Dagbladet Alehandra" interviewt. Bezuglich der Friedensbedingungen erklärte Branting folgendes:

Ich hoffe, daß viele Modifizierungen in der Friedensbedingungen kommen werden, die so erheblich sein werden, daß Deutschland darauf wird eingehen können. Sicher ist, daß die Arbeiter in Frankreich und England, wenn dieser Friedensvertrag im Parlament vorgetragen wird, dagegen auftreten werden, falls der Friedensvertrag so aussehen sollte, wie bisher. Henderson, mit dem ich gesprochen habe, war sich im ganzen klar darüber, daß sich seine Parteigenossen dagegen aussprechen werden. So entfernt ist man also von den Linien, die man sich zur Sicherung des Friedenschlusses geachtet hat.

Auf die Frage, was Branting sich unter den eventuellen Modifizierungen dachte, antwortete er: Ich glaube nicht, daß diese so groß werden, wie Deutschland meint, hoffe aber, daß sie ausreichen werden, den Weltfrieden herzustellen.

Die schlesische Frage.

Prag, 16. Mai. (P. A. T.)

In der tschechischen Nationalversammlung brachte Abg. Bchynie eine Interpellation über aus Paris eingegangene Nachricht ein, wonach die schlesische Frage zu Ungunsten der Tschechen erledigt werden soll. Abg. Bchynie erklärte, daß Tschechien von der Slowakei abgeschnitten werden würde, wenn ihnen die Bahn Kaschau-Oderberg genommen würde; der Verlust des Kohlenreviers von Karwin aber wäre eine Bedrohung der tschechischen Industrieproduktion und überhaupt des ganzen wirtschaftlichen Lebens der Republik. Angesichts dessen fragt der Interpellant, ob die Regierung bereit sei, ohne Verzug der Nationalversammlung den wirklichen Stand der Dinge in Paris betreffend das Teschener Schlesien klarzulegen, und ob die Regierung bereit sei, diese Interpellation zur Kenntnis der tschechischen Vertreter auf der Friedenskonferenz in Paris zu bringen.

Wilson über den Völkerbund.

Aus Washington wird gemeldet: Die Presse veröffentlicht das folgende Telegramm Wilsons an seinen Sekretär: "Glücklicherweise ist kein Geheimnis oder Rätsel in dem, was ich der Regierung versprochen habe. Ich habe versprochen, unter Beihilfe des Völkerbundes dem Senat eine ergänzende Bestimmung vorzulegen, durch welche wir uns verpflichten, Frankreich sofort Hilfe zu leisten im Falle Deutschlands ohne Proklamation zu einem Überfall übergehen würden. Dadurch tun wir nichts anderes, als die Aktion zu beschleunigen, zu der wir an sich durch den Völkerbundvertrag verpflichtet werden würden."

Die englische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Projekt des englisch-amerikanischen Bündnisses, das allgemein als Rückversicherung für eine mögliche politische Entwicklung und Neberrichtung bezeichnet wird. „Morning Post“ betrachtet dieses Bündnis im Zusammenhang mit der Wiederaufrichtung Russlands als die beste Bürgschaft gegen ein Wiederaufkommen Deutschlands und zugleich als Mittel für die Aufrechterhaltung der Stärke und Einigkeit im britischen Reich.

Die amerikanische Zeitung „Tribune“ sagt zu den Friedensbedingungen: „Seit Karthago ist ein solcher Friede nicht dictiert worden. Einst wird man warnen: „Denkt daran, was Deutschland passiert ist und nehm euch in Acht!“ Die „New York Sun“ fordert, daß der Senat Änderungsvorschläge mache.

Rücktritt des Marschalls Petain.

Das Bureau Europa Presse meldet: Wie dem „Berner Tagblatt“ aus Genf gemeldet wird, ist Marschall Petain zurückgetreten. Der Rücktritt ist im gegenwärtigen Augenblick um so bemerkenswerter, da Petain in der Frage einer Belebung Deutschlands bei einer eventuellen Ablehnung der Friedensbedingungen im Gegensatz zu Marschall Foch die Ansicht vertreten hat, diese Belebung sei nicht durchführbar, da sie eine Million Mann erfordere. Die Gefahr der Ansiedlung durch den Bolschewismus für die Truppen sei groß, da die Verwendung starker Truppen nur im Sommer möglich sei.

Die Friedensbedingungen für Österreich.

Der „Tempo“ begrüßt die Österreicher, die dieser Tage von Wien nach St. Germain abgereist sind, mit einem Leitartikel, der deutlich die Richtlinien zeigt, nach denen die Alliierten das neue Österreich behandeln wollen. Diese Behandlung wird von der Deutschlands gänzlich verschieden sein. Die Gefahr wird gezeigt, die ein mit Deutschland verbundenes Österreich allen Alliierten und, nach der Meinung des „Tempo“, auch Österreich selbst bringen würde. Österreich müsse als ein selbständiger, wenn auch gegen früher verkleinerter Staat erhalten werden, um der Verbreitung zu entgehen und eine wichtige Rolle als Vermittler im Welthandel zu spielen. Zu diesem Zweck müßten die Alliierten sogar dafür sorgen, daß Lebensmittel und Kredit ihm zur Verfügung gestellt werden. Den Österreichern dürfe man nicht sagen: Unterschreibt den Vertrag und seht zu, wie ihr fertig werdet! Die Erhaltung des neuen Österreich liege im Interesse aller Alliierten. Hierzu bemerkt das „B. T.“: Es ist nicht ganz logisch, daß der „Tempo“ wie in der Überschrift so im Aufsatz immer von dem „neuen Österreich“ spricht, daß aber die Entente von einem neuen Deutschland offenbar nichts wissen will. Es ist ebensoviel logisch, daß der „Tempo“ erklärt, Österreich ohne Lebensmittel und Kredit könne den Alliierten nichts nützen, daß er aber von Deutschland eine ungeheure Entschädigung fordert, obwohl er will, daß Deutschland vernichtet und sein Kredit auf immer zerstört werde. „Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen“, schreibt der „Tempo“. Das mithin auf Deutschland angewandt heißen: Wer von Deutschland die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen begehr, darf ihm diese Erfüllung nicht unmöglich machen.

Der österreichische Friedensvertrag steht vor seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht die Einleitung von Verfahren gegen „militärische Verbrecher“ vor einem inter-

nationalen Kriegsgericht vor. Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutschsprachige Bevölkerung hat, in die italienische Grenze eingezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Die deutsch-österreichische Friedensdelegation ist unter Führung des Staatskanzlers Dr. Renner von Wien abgereist. Am Bahnhofe hatten sich sämtliche Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, der Polizeipräsident, zahlreiche Abgeordnete und Mitglieder der freudigen Missionen, darunter der französische Gesandte Alizé eingefunden. Auf eine Ansprache des Redakteurs Dr. Rosenfeld, der den Staatskanzler im Namen der Wiener Presse begrüßte und die Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen ausdrückte, erwiderte der Staatskanzler, er werde versuchen, das Möglichste zu erreichen. „Wir müssen aber“, sagte er, „bedenken daß wir als unterlegner Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen.“ Als der Zug sich in Bewegung setzte, erlangten französische Hochze und die Worte: „Bringen Sie einen guten Frieden mit! Wir wollen Deutsche sein und bleiben. „Wir wollen den Anschluß an das Deutsche Reich!“

Paris, 15. Mai. (P. A. T. Funkenspruch.)

Heute abend wird die österreichische Delegation auf einem der Pariser Bahnhöfe eintreffen. Nach ihrer Ankunft wird sie sich nach Saint Germain begeben. Die Ortsbehörde in St. Germain fordert die Bevölkerung auf, sich ruhig zu verhalten und Demonstrationen zu vermeiden. Bei der Zeremonie der Übereichung des Friedensvertrags werden die Vertreter von Serbien, Montenegro, Rumänien, Frankreich, England, Italien, Japan, Amerika, Belgien und Saint Macino teilnehmen; Jugoslawien, Böhmen und Polen werden an dieser Zeremonie nicht teilnehmen. Der Friedensvertrag wird wahrscheinlich Mitte der nächsten Woche überreicht werden. Die meisten Pariser Zeitungen interessieren sich für den Kanzler Renner, der als ein Bruder Scheidemanns bezeichnet wird. Wenn die Besuche Deutschlands, Österreich an sich zu gliedern, erfolglos geblieben sind, so ist dies nicht eine Schuld Renners gewesen, sondern aus verschiedenen Gründen finanzieller Natur hervorgegangen. Augenblicklich ist es das wichtigste, zu erfahren, ob der Vorsitzende der österreichischen Delegation auch heute noch den Bund mit den Deutschen zu unterstützen gewillt ist.

Saint Germain, 15. Mai. (P. A. T.)
Hier ist die österreichische Delegation eingetroffen.

Reichstag.

(Sitzung vom 15. Mai.)

In der Donnerstag-Sitzung des polnischen Reichstags wurde u. a. der Antrag eingebracht, die Regierung möge eilige Schritte unternehmen, um das Suwalker Land von der deutschen Okkupation zu befreien, unter der die dortigen Bewohner schwer leiden. Der Antrag wird an die zuständige Kommission überwiesen.

Der Antrag Daszyński in der Frage Litauens hat folgenden Inhalt: Der Reichstag erklärt feierlich, daß die polnische Republik nicht die Absicht hat, das ehemalige Großfürstentum Litauen Polen einzuerleben. Die polnische Republik wird die litauischen Lande nur von fremder Okkupation befreien und der Bevölkerung die Möglichkeit geben, nach eigenem Willen ihr Schicksal und die Beziehungen zu Polen zu bestimmen. Die polnische Republik strebt eine Verbindung mit den Völkern Litauens an, auf Grund gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen. Der rechtliche Ausdruck dieser

„Wirklich, — kann ich gehen? Nun wohl, ich werde es, Herr Graf, aber vorher lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich jenen Scherz, wie Sie es nennen, fest in der Erinnerung bewahren werde! Hüten Sie sich, Herr Graf, und denken Sie daran, daß dieser Scherz, zur Kenntnis der Gerichte gebracht, dem Herrn Grafen vielleicht ein paar Jahre seiner kostbaren Freiheit kosten könnte! Demn die Gerichte machen in den heutigen Zeiten zwischen dem Verbrecher eines vornehmnen und eines niedrigen Lüstlings keinen Unterschied!“

Das war zuviel. Das ertrug der Hochmut des Grafen nicht.

„Also eine Drohung?“ zischte er. „Nun, lassen Sie sich aber sagen, ich fürchte diese Drohung nicht! Ein Lüstling sagen Sie? Ja, wissen Sie denn so genau, ob ich nicht hoffen durfte, Verständnis für meine Gefühle bei Ihrer Frau zu finden? Haben Sie noch nicht darüber nachgedacht, wie seltsam es doch eigentlich ist, daß Sie die Kenntnis von jener Affäre von dem Stelzen-Martin — und nicht von Ihrer Frau erhalten?“

Rohde stand einige Sekunden regungslos.

Er hatte den Sinn dieser Verdächtigung nicht sofort im vollen Umfange begriffen.

Dann aber ging eine schreckliche Veränderung mit ihm vor sich.

Das Blut schoß in sein eben noch so bleiches Antlitz, sein Atem leuchtete, rote Wolken stiegen vor seinen Augen auf und mit dem Schrei: „Schurke! — Widerrufe! Widerrufe, — oder —!“ rührte er sich auf den Grafen und schüttelte ihn, mit den Händen seinen Hals umklammernd, heftig hin und her.

Der Graf ließ zwei, drei Hilferufe aus.

Vereinigung muß dem Rechte jedes Volkes, sein Schicksal selbst bestimmen zu dürfen, entsprechen.

Abg. Daszyński begründet die Dringlichkeit seines Antrags, die angenommen wird.

Die Abg. Okun und Witos stellen einen dringlichen Antrag, eine Kommission nach Galizien zu senden, um dort den Antagonismus zu beseitigen, der in einzelnen Gegenden zwischen dem Militär und der Bevölkerung ausgetragen ist. Aus den Debatten geht hervor, daß in Galizien in mehreren Gegenden antisemitische Unruhen vorkommen, die sich ausdehnen und so große Dimensionen annehmen, daß das Militär von der Waffe Gebrauch machen muß, um die Ruhe wiederherzustellen. Angekündigt werden diese Unruhen von ganz fremden Personen, darunter auch Juden. Bei den Verhaftungen können nun auch Christen vor, so daß die Bevölkerung verbittert werde. Die Unruhen drohen sich zu verbreiten.

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen und der Kommission die Wahl einer Delegation überlassen.

Nächste Sitzung: heute um 4 Uhr.

Locales.

Lodz, den 17. Mai.

Deutsche Arbeit und deutsches Volkstum.

Wenn den Deutschen in diesen schwersten Zeiten der deutschen Geschichte noch etwas retten kann, so ist es nur die Arbeit. Der Ruf der Arbeit erschallt darum mahnend und beschwörend von all denen, die sich noch Klarheit und Ruh des Blicks bewahrt haben. Die Arbeit ist stets der Genius der deutschen Nation gewesen. „Der weltgeschichtliche Ruhm des deutschen Volkes ist seine Arbeitskraft und Arbeitslust,“ sagt der beste Psychologe des deutschen Volkgemüts, der berühmte Kulturhistoriker W. H. Siehl in seinem Buch über die deutsche Arbeit. „Mit dem Eintritt unseres Volkes in die Geschichte bereitete sich eine neue Epoche in der Geschichte der Arbeit vor. Das moderne wirtschaftliche Leben fand seine breiteste tatsächliche Grundlage bei den Deutschen, Holländern und Engländern, bei germanischen Völkern. In diesem Geist der Arbeit liegt eines der großen Geheimnisse der so viel besprochenen selbstverjüngenden Kraft der Deutschen. Wir haben alle Ursache, die Ehre der Arbeit zu preisen; denn sie ist zugleich die Ehre unseres Volkstums.“

Der reinste Spiegel der deutschen Arbeitsfreudigkeit ist das Sprichwort, das die Auffassung der Deutschen vom Segen des Fleisches und dem Glück der Tätigkeit festhält. „Frisch gewagt halb gewonnen“, so predigt das deutsche Sprichwort rührige Tatkraft. Arbeit gewinnt das Feuer aus dem Stein.“ „Frisch bricht alles Eis.“ „Frische Hand baut Leut und Land.“ Eine rechte Arbeit kostet Armchitz, und nur um Fleisch und Milch gibt Gott Schaf und Küch.“ „Rast ich, dann rost ich.“ hat schon Luther gesagt. Ein dem Deutschen besonders teures Wort ist der Spruch: „Selbst ist der Mann.“ Er war die Devise jenes deutschen Geisteshelden, der in dunkelster Zeit sein Volk zum Licht führte, des Freiherrn vom Stein, der ihn über die Tür seines Bauernhauses bei Nassau schreiben ließ. Wohl weiß das deutsche Volk, daß die Arbeit sauer ist, aber auch diese Tatsache schließt eine gewisse Befriedigung ein: „Nach getaner Arbeit ist gut ruhn.“ „Bar die Arbeit haben die Göttler den Schweiß gesetzt“ — dies Wort des alten Griechen wird volkstümlich variiert: „aus geschwollenen Eiern kommen keine Hühner“; „Man

schläft sich nicht gelehrt“; „Umsonst ist das der Tod, und der kostet's Leben.“

Siehl macht besonders auf die Arbeitswelt aufmerksam, die frisches Selbstvertrauen auf die eigene Tat zusammen mit Gottvertrauen verbindet. Kurz und bündig heißt's mit zwei Worten: „Bet und arbeite.“ Allerlei sinnige Deutungen sind von Deutschen zu diesen zwei Worten gemacht worden. So sagt Louis Fink von Grätz: „Der Mensch soll sich vor bösen Gedanken retten durch Schaffen und beten. Nämlich: daß uns Gott zum Guten stärke, darum sollen wir beten; daß wir andererseits aber auch den Teufel aus dem Felde schlagen, darum sollen wir arbeiten.“ Und der Wandbecker Bote Matthias Claudius läßt seinen Bauersmann singen:

„Mir macht der Teufel keine Not,
Ich schlag' ihn schief und krumm
Und dresch' und hau' und grab' ihn tot
Und pfleg' ihn um und um.“

Die gleiche Weisheit fassen dann die einzelnen Berufe in verschiedene Bilder. Der Bauer spricht: „Gott gibt einen wohl den Ochsen, aber nicht bei den Hörnern.“ Der Bauer sagt: „Man muß mit Gott in die Hände spucken.“

Siehl schließt seine Darstellung der Arbeit im deutschen Volksleben mit einem eigenen Erlebnis, das gerade heute tief berühren muß. In der Zeit der Reaktion und der neuen Erneuerung des deutschen Volkes sah er ein Bild des alten Ernst Moritz Arndt, „der damals wie ein Märchen aus alter Zeit vor unsern bewußten Augen der Vergessenheit wieder zu entscheiden begann, und der alte hat unter das Bild den Spruch gesetzt: Audaces fortuna juvat, und hatte ihn verdeckt: „Gott ist im Schwachen mächtig.“ Der römische Spruch der Tatkraft übertragen in den deutschen Spruch des Gottvertrauens rüttelte mich gewaltig auf, und es war mir von Stund an wieder, als ob solch deutsche Art doch mehr als ein Märchen sei.“

So schließt sich Arbeit und Frömmigkeit im deutschen Bewußtsein unaufhörlich ineinander, wie es der Spruch besagt: „Wir sollen arbeiten, als wollten wir ewig leben, und leben, als wollten wir morgen sterben.“

Zeabend im deutschen Lehrerverein. Wir machen die Mitglieder des deutschen Lehrervereins nochmals darauf aufmerksam, daß heute im Vereinslokal in der Petrikauer Straße 243 ein Zeabend stattfindet. Für musikalische und deklamatorische Vorträge ist gesorgt. Beginn um 4 Uhr nachmittags. Um zahlreiches und pflichtliches Erscheinen wird gebeten.

Einen Familienabend zugunsten amerikanischer Konfirmanden veranstaltet der Kirchenchor „Cantate“ am Sonntag, den 18. d. Mts., um 5 Uhr nachmittags im St. Matthäus, zu welchem die Gemeindelieder herzlich eingeladen werden. Das Programm ist sehr reichhaltig. Es sind u. a. vorgesehen: Chorgesang des Kirchenchores „Cantate“, ein Männerquartett des Gefangenvereins „Aeol“, Violinen- und Zithervorträge u. dergl. Des guten Zwecks wegen wird im Namen der Konfirmanden um zahlreichen Besuch gebeten. Die Gesangbücher sind mitzubringen.

Die Stadtverordnetenversammlung für ein Biers- und Schnapsverbot. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, das Verpflegungsministerium um ein Verbot der Herstellung von Bier in den Lodzer Brauereien zu erüben und die so freiwerdende Ressource in Grütze für die städtische Bevölkerung verarbeiten zu lassen. Außerdem wurde beschlossen, das Ministerium zu erüben, die Vorräte an Kartoffeln anstatt für die Herstellung von Spirituosen zur Ernährung der Bevölkerung zu bestimmen.

Aber nur noch fester packte ihn Rohde, dem der Horn alle Besonnenheit geraubt hatte.

„Widerrufe die schändliche Verleumdung!

Widerrufe Bube!“

Da fühlte Graf Artur, mit den Händen unvölklich um sich greifend, etwas Kaltes, Hartes.

Es war der Kolben eines geladenen Revolvers, der auf dem Waffentisch neben seinem Schreibtisch lag.

In der nächsten Sekunde krachte ein Schuß, dem ein gelender, marksschüttender Aufschrei folgte.

Zugleich fühlte der Graf, wie die seinen Hals umklammernden Finger sich lösten und daß er wieder zu Atem kam.

Rohde war es aber nicht, dessen Brust der Schrei entstiegen war.

Die ihn ausgestoßen hatte, lehnte bleich und wankend an der Tür.

Es war Gräfin Wera!

Hinter ihr wurden die bestürzten Gesichter einiger Diener sichtbar, welche die Hilferufe des Grafen und der Lärm des Kampfes wie ihre Herrin herbeigerufen hatten.

Der Aufschrei hatte Rohde zur Bestimmung gebracht.

Während der Graf erschöpft in den Sessel zurückfiel, stand er unbeweglich da und starrte düster und mit schlaff herabhängenden Armen auf die junge Frau, die noch immer keines Weiters sagten.

„Schurke! — widerrufe! Widerrufe, — oder —!“ rührte er sich auf den Grafen und schüttelte ihn, mit den Händen seinen Hals umklammernd, heftig hin und her.

Der Graf ließ zwei, drei Hilferufe aus.

Ein 6.
Der Graf hatte die Diener sich entfernen lassen, nachdem er ihnen eingehäuft, von dem Aufstehen, dem sie beigewohnt, nicht viel Aufhebens zu machen.

Es war nicht der Rede wert, hatte er ihnen gesagt, und er hatte nicht Lust, sich wegen der Unverhältnisse eines halb verrückten Bauern aufzulauern mit dem Gericht zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Schmerzerfüllt teile ich hierdurch mit, daß mein innig geliebter Gatte

Otto Stege

nach langem schmerzenreichen Leiden am Donnerstag, den 15. Mai, im Alter von 41 Jahren, ergeben in den Willen des Herrn, sanft verschieden ist. Die Beerdigung meines teuren Entschlafenen findet Sonntag, den 18. Mai, um 1/2 Uhr nachmittags von der Bziger Baptistenkirche aus, auf dem Friedhofe der Baptisten-Gemeinde in Bziger statt.

1431

Die liebste Gattin

Wanda Stege geb. Beyer.

Bziger, den 16. Mai 1919.



Gott dem Allmächtigen hat es
gefallen, unser liebes Söhnchen
und Brüderchen

Erich

im zarten Alter von 7 1/2 Jahren am Freitag, den 16. Mai nach
kurzem, schwerem Leiden in die Ewigkeit abzurufen. Die Beerdigung unseres unvergesslichen
Kindes findet Sonntag, den 18. Mai, um 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause,
Bielona-Straße 14, aus auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tiefbetrübten Eltern

Maximilian Seidel u. Frau, geb. Maeder.

1432

Gesellschaft für Handelsgärtnerei

in Lódz,
Dzielnas-Straße Nr. 25

- führt eine Kauf- und Verkaufsabteilung für sämtliche Gartenerzeugnisse,
- nimmt Bestellungen auf neuzeitliche Gärtnereimaschinen und Kunstdünger entgegen,
- liest auf vorhergehende Bestellung Gemüse.

525

Wiener Zahnärztliche Klinik, Nawrotstr. 4
443
Zahnzichen, Nervenzichen und Zahnebohren
garantiert ganz ohne Schmerzen zu sehr billigen Preisen.

Drogerie — Arno Dietel —
Petrifauer Straße 157.
Geschäftszzeit von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Sonntags geschlossen. 383

Hunderttausende!



Wollen Sie verdienen,
wenn Sie in der
Lodzer Freien Presse
inserieren!

fenster-Glas

ROH- und DRAHT-GLAS

— für Dach-Verglasungen usw. —

T. HANELT, Baumaterialien und Verglas.,
Pusta-Straße 17.

Wegen Aufgabe einer Billard-Akademie stehen zu m
Verkauf:

8 Billards (Fabrikat Dornfeld)

2 „ (englisch Match)

mit allem Zubehör. Sämtliche Billards sind noch sehr gut erhalten.
Näheres ist zu erfragen bei

**Ounfr Gertner, Café Nowy Świat,
Posen, Kantakastraße 8/9.**

522

Damen Schneider
übernimmt Mäntel und Kostüme zur Anfertigung zu
günstigen Preisen. 1378
M. Holmann, Nawrotstr. 8.

in gutem Zustande zu verkaufen.
Zu erfragen: Neue Garzestraße 39,
Wohnung 24. 1433

Ein
Fahrrad

sucht Stellung als Kassiererin oder
im Büro, hier oder nach auswärts. Gest. Öff. unter „D. B.
1406“ an die Exped. d. Bl. Blatter
erbeten. 1406

Dr. S. Kantor

Spezialarzt
ist haut- u. venöse Krankheiten
Petrifauer Straße Nr. 144,
Gasse der Evangelischen Straße

Behandlung mit Röntgenstrahlen u.
Durchleuchtungsapparatur. Elektro-
therapie u. Massage (Männer-
schaftsche). Krankenabend von
2 u. 3 — 8, f. Damen v. 5 — 6

1415 Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen.

15,000 Mark

werden auf erste Hypothek mög-
lich bald getilgt. Öff. unter
„D. B. 1400“ in der Exped. d. Bl.
niederzulegen. 1400

Zu mieten oder zu kaufen
Zu erfragen 150 Stühle, 30 Taf-
tenstühle und ein Piano. Zu er-
fahren: Nadwanska 11, W. 14.

Wohnung gesucht 2 bis
4 Zimmer mit
Bequemlichkeiten im Zentrum der
Stadt (Petrifauer oder Nieden-
straßen) per bald oder 1. Juli.

Angabe erhältet Petersfige,
Petrifauer 98. 1424

Dr. med. W. Kotzin
Petrifauer Straße 71
empfängt 374
Herz- und Lungenkranken

Laboratorium
Magister N. Schatz
Petrifauer Straße 37.
Ausläsen, medizinisch-technische
(Harn-Blut) u. f. w. 1364

Der älteste Feldlicher
Józef Abramowicz
ist aus Russland zurückgekehrt.
Während der Abwesenheit arbei-
tet er in Feldhospitälern, leg-
tens im Städtischen Hospital in
Drohiczyn. Wohn: Petrifauer Str. 42.
Empfängt Kranken von 8—10 und
von 4—6 Uhr. 1434

Zur Ausübung für sofort gesucht
bei Zerfah, Alexander-Straße
Nr. 96. 1427

Ein Tischler
zur Ausübung für sofort gesucht
bei Zerfah, Alexander-Straße
Nr. 96. 1427

Karbid?
in Klein- und Großverkauf billig
abzuwenden.

Deutsche Genossenschaftsbank
in Polen.
Petrifauer Straße 100. 1406

Hüte

werden angenommen zum um-
saisonieren nach der neuen Mod.
R. Eckert, Sienkiewiczer 79,
1 Stad. Front rechts. 518

Steuerdeklarationen werden
pünktlich und billig ausgeführt bei
1409 Alois Böse,
Petrifauer Straße 87.

Junge Deutsche

welche Kenntnisse in den Landes-
sprachen und in der Musik besitzt,
sucht Stellung zu Kindern, wo-
möglich aufs Land. Öff. erbeten
unter „D. B. 1407“ an die
Exped. d. Bl. 1407

Durchaus tüchtige
Täillen-

Näherinnen

Wollen sich sofort melden
Nadwanskastr. 10.

Eine ältere
Wirtshäuserin

von alleinstehend Herrn gesucht.
Öff. unter „D. B. 1416“ an die
Exped. d. Bl. erbeten. 1416

Briefmarken!

mit Aufdruck General-Gouvern-
Wartshau, werden gekauft.
Dlugasstraße 103, W. 11.

Eine Restaurant-
Einrichtung

abreisefähiger sofort zu verkaufen.
Zu erfragen Nawrotstr. 32
Wohnung 18. 1422

Eine Dreh-Mangel

in guten Zustande zu verkaufen.
Wegenerstraße 9. 1412

Zu verkaufen

eine Wohstelle mit Wartze und
Kleider für 150 M. Petr-
fauer Str. 145, 3 Stad. rechts.

Möbel solide Arbeit und
gut erhalten, zu verkaufen.
Zu sprechen von 10 bis
2 Uhr, Nawrot 27. 1426

Möbel

einmal weg-
sprechen, da
aus dem n-
land, Frank-
man sich

Deutschland

klagt, wie
Ausland der
erneuerung
es auch hin-
sichtliche Verbin-

ungsfreie
Sozialisten,
und andere
erblicken, in
nichts zu

den von C

Unzufrie-
Schantungs-
friedene ge-
Rusland
densbespre-
obwohl es
den man n-
jahren stat-
stimmung ge-
Vertrag b-
Fürke
diejenigen
Ausarbeitu-
allgemeine
Gerechtigke-
Es ist klar
zont nach
schaffen w-
muß mit d-
zahlreichste
if das nic-
gestellt, d-
der keinem
es wird
Stimme u-
sektion z-
men wurd-
Diese
Presse wi-

Deutsche

Genossenschaftsbank in Polen

Aktien-Gesellschaft
Lodz, Petrifauer Straße 100

Annahme von Spareinlagen

Zinsfuß bei: täglicher Kündigung $3\frac{1}{2}\%$, 3monatlicher $3\frac{3}{4}\%$, 6monatlicher 4%

Eröffnung v. Scheck-Konten. — Aktienkapital 2 Millionen M.